



Bericht über den

Zustand des Schlangenbader Gemeindewaldes

Grundlage für die

- SPD Schlangenbad zur Waldbegehung am 3.10.2020
- für Anträge/Anfragen der SPD Schlangenbad in der Gemeindevertretung 2020
 - zur Einrichtung eines Spendenaufruf für Bepflanzungsmaßnahmen
 - zur Einrichtung einer eigenen Revierförsterei
 - zur strukturierten Aufforstungsmaßnahmen
 - zur Einrichtung eines runden Tisches / Waldkommission
- SPD Schlangenbad: Online-Veranstaltung zum Konzept des klimastabilen Waldes mit Volker Diefenbach und Bernd Leichthammer am 25.02.2021

Gernot Besant, Vorsitzender der SPD Schlangenbad, März 2021

Anlage: Zustand des Schlangenbader Gemeindewaldes von Bernd Leichthammer, September 2020

Zustand des Schlangenbader Gemeindewaldes

Bernd Leichthammer

Schlangenbad

im September 2020

Revierförster a.D.

Schlangenbad

Der Schlangenbader Gemeindewald

Hinweise zu seiner bisherigen Entwicklung und künftigen Betreuung

Der heutige Gemeindewald mit einer Größe von 1773 Hektar ist 1972 im Zuge der Gebietsreform aus den 230 bis 460 ha großen Waldflächen der historisch waldreichen Ortsteile Nieder- und Obergladbach, Hausen v.d.H., Bärstadt und Wambach entstanden. Schlangenbad selbst hatte wegen seiner späten Gründung keinen eigenen Wald und Georgenborn nur eine sehr kleine Waldfläche. Im Gemeindegebiet liegen außerdem noch ca. 300 ha Staatswald und ca.150 ha Privatwald. Damit sind mehr als 60% der Gemeindefläche von Wald bedeckt. Dieser erstreckt, sich als breites Band die Ortslagen und Felder umschließend, vom Aartal bis zum Wispental in einer Höhenlage von 230 m bis 548 m.

Von den Anfängen

Forstlich betreut und bewirtschaftet wird der Gemeindewald seit gut 200 Jahren, als im Herzogtum Nassau erste verbindliche Regelungen dazu erlassen wurden. Am Beginn dieser planmäßigen Forstwirtschaft standen nicht alter Naturwald, sondern aus der „Allmende“ ins Eigentum der Gemeinden übergegangenes Ödland mit spärlichem Bewuchs und vereinzelt alten Mast- und Hutebäumen. Seit dem Mittelalter war der Wald, auch durch Köhlerei, übernutzt und durch Waldweide und Streunutzung devastiert. Nun sollte er nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit bewirtschaftet werden, d.h. wie **Georg Ludwig Hartig** es gegen Ende des 18. Jahrhunderts formuliert hatte, dass **„die Nachkommenschaft eben so viel Vorteil daraus ziehen kann, wie die jetzt lebende Generation sich zueignet“**.

Das bedeutete in den ersten Jahrzehnten vor allem Verzicht . Bau- Brenn- und Leseholz wurde nur in begrenzter Menge zugewiesen . Flächen wurden „in Hege genommen“ und in mühsamer Arbeit , oft im Wege von „Hand-und Spanndiensten“, für Saat und Pflanzung von Laub- und Nadelbäumen vorbereitet. Zur Versorgung der notleidenden Bevölkerung waren Wald- Feldbau sowie Gras- und Streunutzung noch lange Zeit unverzichtbar. Alle Maßnahmen zum Schutz und Wiederaufbau des Waldes wurden von örtlichen „Forstschutzbeamten“ angeleitet und streng überwacht. Nur so war es möglich, dass der Wald sich allmählich erholte und nach und nach mit pflegender „Durchreiserung“ und „Durchforstung“ wieder mehr Holz entnommen werden konnte und schließlich „hiebsreife Bestände“ heranwuchsen. Einige alte Eichen- und Buchenbestände aus dieser Zeit sind bis heute überkommen.

Für die örtliche Bevölkerung der „überhöhschen Dörfer“ war die Bewirtschaftung des Waldes neben der Landwirtschaft als Erwerbsquelle sehr wichtig. Als „Holzmacher“ mit Axt und Handsäge waren große „Rotten“ vor allem im Winter mit dem Holzeinschlag beschäftigt und „Kulturfrauen“ sorgten in der „Saatschule“ für die Anzucht der Pflanzen, die auf Kulturflächen ausgepflanzt und im Sommer „freigeschnitten“ wurden. Außer im eigenen Gemeindewald arbeiteten viele in dem zum Rheingau gehörenden Hinterlandswald, wo der Transport des Holzes mit Pferden, Ochsen und Handschlitten in dem unwegsamen Gelände ein schwieriges Unterfangen war. Für die Gemeinden waren das „Holzgeld“ aus dem Verkauf des Brennholzes und zunehmend auch des Stammholzes eine wichtige Einnahme, um die Ortsstraßen zu unterhalten oder eine Schule zu bauen. Die Gemeinden „lebten vom Wald“.

Einiges zur Forstorganisation

An der Organisation der Forstverwaltung hat sich bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts im Grunde wenig geändert. Unter der Aufsicht eines Forstamtes in Bad Schwalbach, waren zur Betreuung des Waldes von den Gemeinden, die sich zu 600-800 ha großen Revieren zusammenschlossen, in Wambach, Bärstadt, sowie Ober- und Niederglabach staatlich ausgebildete, **kommunale Revierförster** angestellt. Diese übten ihr Amt „ein Leben lang aus“ und „kannten jeden Baum“, d.h. sie hatten sehr viel örtliche Erfahrung mit der Pflege „ihres Waldes“. Ihr Gehalt entsprach lange Zeit dem Wert von wenigen Festmetern Stammholz. Sie wohnten in gemeindeeigenen Forsthäusern und waren in das örtliche Leben ähnlich wie Lehrer und Pfarrer gut integriert.

Nachdem dann, infolge einer forstlichen Umorganisation, für kurze Zeit drei Forstämter, nämlich Chausseehaus, Hahn und Eltville für diese Reviere zuständig waren, wurden im Rahmen der Anpassung an die kommunale Gebietsreform auf Antrag der Gemeinde schließlich am 1.1.1976 alle Gemeindewaldflächen im Forstamt Eltville zusammengeführt. Es wurden zwei Revierförstereien mit Sitz in Bärstadt und Obergladbach gebildet. Gleichzeitig endete die kommunale Beförsterung, die Förster wurden vom Land Hessen übernommen. Der von den Gemeinden dafür an das Land zu zahlende Beförsterungsbeitrag lag deutlich unter den tatsächlichen Personalkosten. Es war eine indirekte Förderung des Gemeindewaldes, da angesichts steigender Löhne und stagnierender Holzpreise die Preis-Kostenschere bei der Waldbewirtschaftung zu immer geringeren Überschüssen führte. Auch sollten damit, die weit über das Gemeindegebiet hinausgehenden sozialen und ökologischen Leistungen des Waldes für die Allgemeinheit gewürdigt werden.

Doch diese an sich vorteilhafte staatliche „Zwangsbeförsterung“ hatte nicht lange Bestand. Mit der Gründung des Landesbetriebes Hessen-Forst trat dieser als Dienstleister auf, von dem sich die Gemeinde freiwillig beförstern lassen konnte. Verbunden war das allerdings mit laufenden Erhöhungen der Beförsterungsbeiträge und weiteren Änderungen in der Organisation. Am 1.1.2005 wurde das Forstamt Eltville aufgelöst, der Gemeindewald Schlangenbad kam mit 1,1 Revierleiterstellen zum Forstamt Rüdenheim. Zum 1.1.2018 schließlich wurde die Revierförsterei Schlangenbad aufgelöst und mit dem Gemeindewald Kiedrich zusammengelegt. Damit gibt es erstmals seit 200 Jahren keinen „eigenen Förster“ zur Betreuung des Schlangenbader Waldes.

Ein Wald mit vielen Funktionen

Nach der Gebietsreform ging es darum, die Zusammenarbeit der jetzt für einen großen Waldbesitz verantwortlichen Gemeinde mit dem Forstamt und den Förstern neu zu gestalten. Dazu gab es regelmäßige Waldbegänge mit den Mitgliedern des Gemeindevorstandes, der Gemeindevertretung und den Ortsbeiräten. Anhand konkreter Beispiele wurden wirtschaftliche Fragen wie Holzeinschlag und Verkaufserlöse, aber auch die angestrebte waldbauliche Entwicklung und die sozialen Leistungen des Waldes erörtert. Dies führte dann zu einer abgestimmten Umsetzung der jährlichen Waldwirtschaftspläne und der mehrjährigen Planungen zu verschiedenen Schwerpunkten.

So wurden im Rahmen eines Planes zur Förderung der Erholungsfunktion der „Badwald“ als Erholungswald ausgewiesen und im Bereich der „Wilden Frau“ nach einem Waldtausch mit dem Land Hessen der „Kurwald“ eingerichtet. Die Wiese im Adelheidtal wurde rekultiviert und in Zusammenarbeit mit dem Naturpark ein Waldlehrpfad, zur Information über örtliche Besonderheiten und die vorkommenden Baumarten, angelegt. Ebenfalls zusammen mit dem

Naturpark wurde die Erholungsanlage „ Dreispitz“ und die Wassertretanlage „Finkenwiese“ gestaltet. Mehrere Waldparkplätze wurden angelegt und Rundwanderwege sowie ein ortsteilverbindender Fußweg von Geogenborn bis Niederglabach beschildert.

Um die Abfuhr, der bei der Waldpflege auf großer Fläche oft verstreut anfallenden Holzmengen zu gewährleisten, wurde ein Plan zum Neu- und Ausbau von Waldwegen erstellt und innerhalb von zehn Jahren mit einer Strecke von mehr als 40 km umgesetzt. Der damals noch in Betrieb befindliche Steinbruch an der Wambacher Mühle lieferte kostengünstiges Material in geringer Transportentfernung. Neben der Holzabfuhr dienten diese neuen Wege, die meist als Rundwege konzipiert waren, gleichzeitig Spaziergängern, Wanderern und Radfahrern.

Einen breiten Raum nahmen von Anfang an bei den Waldbegängen grundsätzliche waldbauliche Fragen ein. Anhand verschiedener Waldbilder wurde erörtert, ob anstatt der bis dahin üblichen Kahlschläge oder Räumungen, eine Einzelstammnutzung nach den Prinzipien der „**Naturgemäßen Waldwirtschaft**“ der bessere Weg sein könnte. Erste Hinweise dazu hatte es bereits in der Forsteinrichtung 1948 von **Landforstmeister a.D. Ernst Rechtern** gegeben. Dieser hatte angesichts der aufgelichteten Fichtenbestände durch Schneebruch und Borkenkäfer empfohlen „aus der Not eine Tugend zu machen“ und mit Hilfe der ankommenden Naturverjüngung einen **Dauerwald** anzustreben. Im Badwald und vor allem im Wambacher Wald gab es dazu gute Beispiele mit ästhetisch ansprechenden Waldbildern. Auch wirtschaftlich war dieses Vorgehen vorteilhaft, da aufwendige Kultur- und Pflegemaßnahmen eingespart werden konnten. Diese „biologische Automation“ zahlte sich bei knappen Arbeitskräften und stark steigenden Löhnen besonders aus. Bei der Buche hatte der klassisch „Großschirmschlag“ mit rascher Räumung dazu geführt, dass die spärliche Verjüngung oft komplett mit Nadelholz überpflanzt wurde. Auch hier wurde eine Entscheidung zu langfristig pflegenden Eingriffen in den ausgedehnten Altholzbeständen, mit allmählichem Übergang zu Dauerwald, getroffen. Davon profitierte auch die Eiche, die oft einzeln in den Buchenbeständen eingemischt war. Mit den Festlegungen für eine Naturgemäße Waldwirtschaft, war die Gemeinde auf einem guten Weg, bei dem ökonomische, ökologische und soziale Belange gleichermaßen beachtet werden konnten.

Waldschäden durch Immissionen

Dann kam es allerdings ab Ende der 70er Jahre zu erheblichen Schäden durch den „Sauren Regen“ an Bäumen und Bodenvegetation. Allgemeine Beobachtungen und wissenschaftliche Untersuchungen des Geografischen Institutes der Uni Mainz unter Leitung von **Prof. Krieter** im Schlangenbader Wald, zeigten eindeutig zu niedrige PH-Werte mit deutlicher Versauerung des Bodens. Als „Erste Hilfe Maßnahme“ wurde von der Gemeinde, nach gründlichen Beratungen, sehr früh ein fünfjähriges Programm zur Bodenschutzkalkung mit jährlich 20.000 DM beschlossen. Mit Apellen an verschiedene Institutionen, intensiver Öffentlichkeitsarbeit, vielen Waldbegängen und einer über die Gemeinde hinaus beachteten Ausstellung in der Cafehalle unter dem Motto „Erst stirbt der Wald, dann stirbt der Mensch“, wurde auf die dringend erforderlichen Maßnahmen zur Luftreinhaltung hingewiesen. Dank konsequenter Gesetzgebung zur Entschwefelung der Kraftwerke und im Autoverkehr, konnte der Wald sich in den folgenden Jahren wieder erholen. Die Kalkung führte zu erkennbar positiven Veränderungen, Naturverjüngung von Fichte und Buche kam unter dem Schirm der alten Bäume wieder gut an und ermöglichte weitere Schritte auf dem Weg zum Dauerwald.

Frühjahrsstürme 1990 als Vorboten des Klimawandels

Zwei heftige Stürme führten im Frühjahr 1990 zu Windwurfschäden auf einer Fläche von ca. 100 ha mit einem Holzanfall von 38.000 Festmeter und damit der 5fachen Menge des planmäßigen jährlichen Holzeinschlages. Vor allem waren Fichten betroffen, aber auch Eichen und Buchen fielen dem Sturm zum Opfer. Neben einigen größeren Flächen von mehreren Hektar, gab es über den gesamten Wald verstreut Einzelwürfe und Kleinflächen. Um Folgeschäden durch Borkenkäfer zu vermeiden, musste das Fichtenholz rasch aufgearbeitet und geschält oder auf Lagerplätze außerhalb des Waldes gebracht werden. Außer den eigenen Forstwirten waren im Laufe des Jahres neun verschiedene Firmen mit einem Harvester, zwei Schälmaschinen, acht Rückemaschinen und mehr als sechzig Waldarbeitern aus fünf versch. Ländern mit der Aufarbeitung des Holzes, dem Räumen der Kulturflächen und den Pflanzungen beschäftigt. Mit einer großen Anstrengung aller Beteiligten wurde die Katastrophe innerhalb von zwei Jahren weitgehend bewältigt. Dank vorhandener oder zu erwartender Naturverjüngung konnte die Wiederaufforstung auf ca.30% der Schadfläche beschränkt werden. Gepflanzt wurden vor allem Laubholz und Douglasien. Finanziell konnten, trotz geringer Holzpreise, alle Kosten einschließlich der Kulturen und der Wegeinstandsetzung aus dem Verkauf des Holzes beglichen und ein Überschuss erwirtschaftet werden. Um den „Vermögensschaden“ im Wald zu mindern, wurde in den Folgejahren weniger starkes und wertvolles Holz eingeschlagen.

Die Naturgemäße Waldwirtschaft bewährt sich

In den Jahren nach diesem einschneidenden Ereignis, zeigte sich besonders deutlich, welche Vorteile die auf einen Dauerwald ausgerichtete Bewirtschaftung hat. Durch den Sturm waren in den Fichtenbeständen vielfältige Strukturen mit kleinen Verjüngungsflächen entstanden, die mit Mischbaumarten angereichert für die Zukunft eine größere Stabilität versprachen. Im Laubholz hatten sich durch die zurückhaltende Nutzung wertvolle Althölzer über ankommender Verjüngung entwickelt. Nach Jahren intensiver Pflege, stellte sich jetzt die Frage, welche Bäume im Wege der Einzelstammnutzung geerntet werden sollten. Diese Frage beschäftigte inzwischen auch die Landesforstverwaltung in Hessen, da der naturgemäße Waldbau mit Kahlschlagverbot allgemein eingeführt war. Die bisherige Forsteinrichtung, mit ihrem flächenbezogenen Regelwerk war dafür wenig hilfreich. Mit der „**Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft**“ ANW die bisher schon viele Exkursionen für Förster aus ganz Hessen im Schlangenbader Wald durchgeführt hatte, wurde daher ein auf Stichproben nach **Prof. Bitterlich** aufbauendes, computergestütztes Verfahren zur Vorratsermittlung erarbeitet und veröffentlicht. Damit war es möglich gemischte, strukturierte Bestände mit Vorrat, Stammzahl, Durchmesser und Mischungsanteilen mit vertretbarem Aufwand zu erfassen. Daraus wiederum ließen sich langfristige am Zuwachs orientierte Nutzungen herleiten, zu deren Kontrolle alle ausscheidenden Bäume stehend gekluppt wurden. Die Hessische Landesforstverwaltung unterstützte dieses Vorgehen, richtete ihrerseits im Wambacher Wald eine Versuchsfläche „Dauerwald“ ein und führte Fortbildungsveranstaltungen durch. Das Verfahren zur kontrollierten Überführung des bisherigen Altersklassenwaldes in Dauerwald in Schlangenbad, wurde später mit der Bundestagung der ANW 2010, mit 250 Teilnehmern aus allen Bundesländern und einigen benachbarten europäischen Ländern, unter dem Motto „Dauerwald ist mehr als dauernd Wald“ noch einmal in besonderer Weise gewürdigt.

Zwei Jahrzehnte positive Waldentwicklung mit einem jähen Ende

Ab Mitte der 90er Jahre schlossen sich wirtschaftlich erfolgreiche Jahre mit regelmäßigen Überschüssen an, in denen weiterhin die ökologischen und sozialen Funktionen angemessen berücksichtigt wurden. Neben der stetigen Pflege konnte viel starkes und wertvolles Holz geerntet werden. Kulturmaßnahmen waren außer kleinen Voranbauten nicht erforderlich, eine ausreichende natürliche Verjüngung wuchs unter dem Schirm der alten Bäume heran. Von Sturm oder Borkenkäfer waren nur Einzelbäume oder Kleinflächen betroffen. Der biologischen Vielfalt dienten markierte „Biobäumen“, meist starke Bäumen mit Spechthöhlen, Horsten, Rindenverletzungen oder Astabbrüchen, die dauerhaft stehen bleiben sollten, um schließlich als Totholz Insekten und Pilzen als Lebensraum zu dienen, oder ganze Flächen die dauerhaft „aus der Nutzung genommen“ wurden. Damit waren auch alle Voraussetzungen für eine Zertifizierung nach Naturland und FSC gegeben. (Die Naturlandzertifizierung musste allerdings, wegen der dogmatischen Haltung zur Douglasie, wieder aufgegeben werden). Es waren weiterhin von der Gemeinde angestellte Forstwirte tätig, mit langjähriger Erfahrung in der Starkholzernte und den vielfältigen Aufgaben, die eine gute Ortskenntnis und jederzeitige Einsatzbereitschaft erfordern. Dazu zählt vor allem die Verkehrssicherungspflicht entlang der öffentlichen Straßen sowie der Wald- und Fußwege. Auch der Einsatz eines eigenen Forstschleppers hatte sich über viele Jahre, oft in Verbindung mit einem Rückepferd, bewährt. Diese Verfahren waren aber auf die Dauer nicht konkurrenzfähig, mehr und mehr kamen Harvester und leistungsfähigere Spezialschlepper zum Einsatz. Es zeigte sich, dass auch damit bei strenger Einhaltung der Rückegassen, ein pflegliches Arbeiten möglich ist. Nachdem die Gemeinde sich 2009 noch einmal mit einem eindeutigen Beschluss für die Fortsetzung der „über viele Jahre bewährten Form der Schlangenbader Forstwirtschaft“ ausgesprochen hatte, wurde dies auch bei der Forsteinrichtung 2010 bei der zehnjährigen Planung berücksichtigt und bis 2017 auch umgesetzt. Ein Sommergewitter mit ungewöhnlichen Schäden an alten Eichen und Buchen, vor allem im Badwald, war dann der Auftakt einschneidenden Veränderungen.

Eine Jahrhundertkatastrophe als Folge des Klimawandels

Extremer Trockenheit und Hitze im Verlauf des Jahres 2018 führten in weiten Teilen Mitteleuropas zu starken Schäden bei den Fichten. Neben direkten Trockenschäden kam es auch im Gemeindewald zu einer Massenvermehrung des „Buchdruckers“, einer gefährlichen Borkenkäferart. Bei normaler Witterung und „sauberer Wirtschaft“, bei der dem Käfer laufend Brutraum entzogen wird, können sich stehende, gesunde Fichten durch Harzfluss vor dem Einbohren schützen. 2018 aber kam es zu massivem Stehendbefall, der sich durch weitere Käfergenerationen schnell ausbreitete. Holzeinschlag und Abfuhr kamen, auch infolge des zusammenbrechenden Holzmarktes, nicht nach, was wiederum die Vermehrung der Käfer begünstigte. Die Jahre 2019 und 2020 brachten unter ähnlichen Bedingungen keinerlei Erleichterung. Inzwischen hat sich der Befall auch auf günstige Fichtenstandorte und Mischbestände ausgedehnt und es ist zu befürchten, dass sämtliche älteren Fichten dem Käfer zum Opfer fallen werden. Bei den übrigen Baumarten sind direkten Schäden durch Trockenheit nur vereinzelt zu beobachten, die Gefahr, dass auch hier Sekundärschädlinge auftreten ist aber groß. Der Jungwuchs unter dem Schirm der alten Bäume ist bisher wenig betroffen.

Bei einem Anteil der Fichten von etwa 30% auf einer Fläche von ca.500 ha und einem Holzvorrat von ca. 150.000 Festmetern bedeutet ihr Ausfall einen gewaltigen Einschnitt in der Bewirtschaftung des Gemeindewaldes. Seit drei Jahren sind die Förster und ihre Mitarbeiter unter höchster Belastung, mit Hilfe aller verfügbaren Forsttechnik, damit beschäftigt Käferbäume zu fällen und soweit möglich zu verkaufen. Die Preise des Stammholzes decken kaum die Kosten der Aufarbeitung, schwächere

Baumteile und geringwertige starke Abschnitte sind unverkäuflich und bleiben auf der Fläche liegen. Um Schäden an vorhandener Verjüngung zu vermeiden, ist es oft besser abgestorbene Bäume einfach stehen zu lassen. Der bereits eingetretene und noch zu erwartende Vermögensschaden könnte bis zu 7,5 Mill. € betragen. Bei einer nachhaltigen Nutzung hätten diese Fichten jährlich ca. 4.500 Festmeter Holz durch „laufenden Zuwachs“ produziert mit einem Nettoerlös von ca. 250.000 €. Im angestrebten Dauerwald hätten sie darüber hinaus kostenlos für natürliche Verjüngung gesorgt, dabei viel CO² gespeichert, Sauerstoff freigesetzt, die Luft gefiltert, den Boden geschützt, Wasser zurückgehalten, Tieren Lebensraum geboten und mit Ruhe, guter Luft und ästhetisch ansprechenden Waldbildern zur Erholung beigetragen.

Künftige Waldbewirtschaftung, eine große Herausforderung

Nachdem der Wald seit mehr als 200 Jahren in guten und schlechten Zeiten betreut und genutzt wurde, geht es darum dieser Verantwortung auch für die Zukunft gerecht zu werden. Wirtschaftlich ist der Ausfall der Fichten in den nächsten Jahrzehnten nicht zu kompensieren. Es wäre fatal durch Mehrnutzung im Laubholz kurzfristig einen Ausgleich zu versuchen. Es ist vielmehr zu erwarten, dass angesichts des knappen Nadelholzes, das Laubholz mittelfristig im Wert steigen wird. Schon jetzt deuten sich vielseitige Verwendungsmöglichkeiten an. Eichen und Buchen werden, auch bei einer am Zuwachs orientierten Nutzung, erhebliche Deckungsbeiträge liefern. Bezieht man die übrigen Nadelhölzer wie Kiefer, Lärche und Douglasie mit ein, kann weiterhin auf gut 70% der Waldfläche im bisherigen Sinne gewirtschaftet werden, allerdings mit einem auf etwa die Hälfte reduzierten Ertrag. Um den Betrieb aufrecht erhalten zu können, sind daher weitere Einnahmen dringend erforderlich. Zu fordern ist keine leistungsfreie Subvention, sondern eine angemessene Bewertung und Entschädigung der bisher kostenlos zur Verfügung gestellten Gemeinwohlleistungen, zu denen auch die Speicherung von durchschnittlich 8t CO²/ha/Jahr gehört.

Personell darf die finanzielle Situation auf keinen Fall, wie bisher üblich, zu weiterem **Personalabbau** führen. Vielmehr müsste die vor drei Jahren erfolgte Zusammenlegung mit dem Gemeindewald Kiedrich wieder rückgängig gemacht werden. Die Gemeinde Schlangenbad hat für ihren Wald, angesichts der Größe und Arbeitsbelastung, gegenüber Hessen-Forst eindeutig Anspruch auf eine **eigene Revierförsterei**. Auch eine Rückkehr zur kommunalen Beförderung, zu der sich bereits einige Gemeinden entschieden haben, könnte in Frage kommen. Nachdem der Holzverkauf durch das Forstamt nicht mehr zulässig ist, sondern von einem Holzkontor durchgeführt wird, zu dem sich alle Gemeinden des Rheingau-Taunus Kreises zusammen geschlossen haben, sind Überlegungen dazu naheliegend. Unabhängig von der Organisationsform, ist zu hoffen, dass sich eine Försterin oder ein Förster findet, um, in enger Zusammenarbeit mit der Gemeinde, in den nächsten Jahrzehnten den Wald zu betreuen und die „Käferflächen“ zu entwickeln. Auch der Stellenabbau bei den Forstwirten ist zu überprüfen. Außer den notwendigen Saisonarbeitskräften, sollten mindestens drei Forstwirte beschäftigt werden, die mit guter Ortskenntnis langfristig in „ihrem Wald“ arbeiten.

Was soll aus den „Käferflächen“ werden?

Die Käferflächen bedürfen einer gründlichen, differenzierten Planung der jeweils notwendigen Maßnahmen. Dabei ist der Bodenschutz besonders wichtig. Sich ausbreitende Bodenvegetation und ankommende „Pionierbaumarten“, wie Birken, Weiden, Aspen und Ebereschen schützen den Boden vor Austrocknung und Humusabbau und sind ökologisch wertvoll. Auf einem großen Teil der Flächen können, aus dem bereits vorhandenen Jungwuchs und ankommender Naturverjüngung der „Hauptbaumarten“, unter Einbeziehung des „Vorwaldes“, ertragreiche Bestände entwickelt werden. Viele Flächen bedürfen aber, nach sorgfältiger Auswahl und Vorbereitung, der aktiven „Kultur“ durch Saat oder Pflanzung. Neben den bisher heimischen Laubbäumen kommen dabei auch fremde, wärmetolerantere Baumarten in Frage. Auch bei den Nadelbaumarten können, außer Douglasien und verschiedenen Tannenarten, Versuche mit einigen „Neulingen“ auf begrenzten Flächen sinnvoll sein. Eine entscheidende Rolle spielt in beiden Varianten das Wild. Erfahrungen mit den Windwurfflächen 1990 zeigen, dass im Rotwildgebiet teure Kulturen vielfach bis heute regelrecht aufgefressen werden, sowohl Einzelschutz als auch Gatter waren auf die Dauer nicht wirksam. Beim Rehwild schadet der „selektive Verbiss“ vor allem den künftig besonders wichtigen Mischbaumarten. Schutzmaßnahmen sind sehr aufwändig und sicher nur im Einzelfall möglich. In Zusammenarbeit mit den örtlichen Jagdgenossenschaften, muss daher die Gemeinde darauf hinwirken, dass auch die Jäger in dieser besonderen Situation ihren Beitrag leisten und für einen angemessenen Wildbestand sorgen. Übrigens gibt es mit sogen. „Weisergattern“ (kleinen eingezäunten Flächen) eine Möglichkeit die Entwicklung der Vegetation ohne Wildverbiss zu beobachten. Neben der Pflege über ein Vorwaldstadium mit oder ohne Kulturmaßnahmen, kann man einige Flächen auf geringen Standorten und steilen Hanglagen ganz der natürlichen Entwicklung überlassen.

Die Kosten der in den nächsten Jahren notwendigen Maßnahmen, wie Feinerschließung, teilweise Räumung von Resthölzern, Bodenvorbereitung, Saat oder Pflanzung, Schutzmaßnahmen gegen Wild, Kultur- und Jungwuchspflege sowie Regulierung des Vorwaldes, sind schwer zu ermitteln. Wenn man von einer Fläche von 400 ha ausgeht und dafür im Durchschnitt nur 10.000 €/ha kalkuliert, ergibt sich ein Betrag von 4 Mill. €. Bezogen auf einen Zeitraum von 20 Jahren zur Durchführung aller Maßnahmen, sind jährlich mindestens 200.000€ als Zukunftsinvestition erforderlich. Kostendeckende Nutzungen auf diesen Flächen sind frühestens nach 40 Jahren zu erwarten. Es besteht aber Grund zu der Annahme, dass Holz als nachwachsender Rohstoff künftig in jeder Form verstärkt nachgefragt wird und höhere Preise auch für Schwachholz zu erzielen sein werden. Stärkeres Holz wird es beim Nadelholz erst in 80 Jahren, beim Laubholz erst in 120 Jahren geben.

Aktuell sind die gewählten Vertreter der Gemeinde Schlangenbad gefordert sich einen Eindruck von den außergewöhnlichen Schäden in ihrem Wald zu verschaffen. Nach eingehender Beratung mit den zuständigen Forstleuten, müssten dann mit entsprechenden Beschlüssen die personellen und finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden, um die Folgen des Klimawandels langfristig so gut wie möglich zu bewältigen. Die bewährten Prinzipien Naturgemäßer Waldwirtschaft sollten beibehalten werden. Ich hoffe, dass meine Hinweise zur bisherigen Entwicklung und die Überlegungen angesichts der derzeitigen Situation, dazu einige Anregungen geben können.